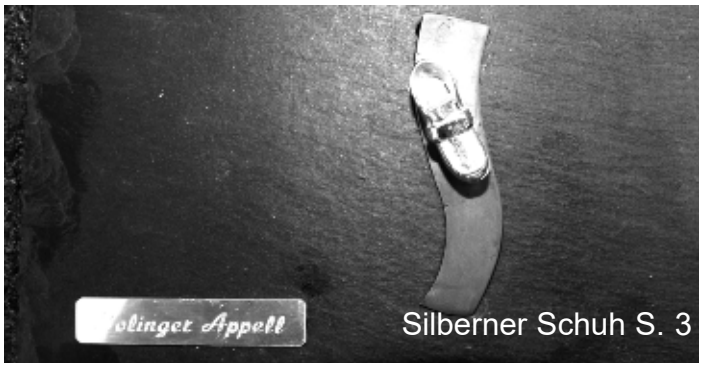
tacheles

GRATIS

Zeitung für Emanzipation und Solidarität Ausgabe 67 ·Sommer 2017 · Kostenlos



Silberner Schuh S. 3

Fahrplankürzungen? S. 5

Flutung des Munzurtals? S. 15

Proteste bei Bayer S. 7

Agenda-Preis für Flüchtlingshilfe S. 14

Kaffee aus Jinotega für Solingen S. 10

Rechnet sich eine Halle am Piepersberg? S. 12

Demonstration zum Jahrestag S. 11

Inhalt

Silberner Schuh für Solinger Appell 3+4

Türkei: Verfassungs-Referendum wurde manipuliert 4

Der Busverkehr braucht dringend eine starke Lobby 5

Die Connection Ljubljana-Solingen 6

Tod auf den Feldern - Gift auf dem Teller 7

Die Saudis, Deutschland und der IS 8

Deutsch-türkische Rüstungskompanie 8

Immer mehr Minderjährige in der Bundeswehr 8

Cannabis als Medizin 9

Fair und Bio: Café JinoSol 10

„Die 'Mehrheitsbevölkerung' wollte davon nichts wissen" 11

Meine Fallmangerin und ich 11

Neue Hallen: Hohe Investititionskosten, kurze Lebenzyklen, und in der Regel rote Zahlen 12+13

Flüchtlingshilfe Solingen e.V. erhält Agenda 21-Preis 14

Skandal beim Brandanschlags-Gedenken 14

„Der Munzur soll frei fließen" 15

gruppeninfos 16

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3.000
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 SG
E-Mail: tacheles-solingen@gmx.de
www.tacheles-solingen.de
Ausgabe 67 15.6.2017
ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
c/o Café Courage,
Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
Die Artikel entsprechen nicht unbedingt immer der Meinung der Redaktion.
Bankverbindung:
Bürgerinitiativen-Büro Solingen e.V.
IBAN: DE31330605920005464641

SÜDPARK GALERIE
FÜR ZEITGENÖSSISCHE KUNST
ASTRID KIRSCHEY

ANDY SPYRA „EXILIUM"
Das Verschwinden des Christentums aus dem Nahen Osten.

Der 1984 in Hagen geborene Fotograf Andy Spyra, der unter anderem für Die Zeit, die FAZ, den stern, Geo und das Time Magazine arbeitet, beschäftigt sich seit 2011 mit der millionenfachen Vertreibung von Christen im östlichen Mittelmeer. Seine Aufnahmen aus Gemeinden in der Türkei, im Irak, in Gaza, Palästina und Ägypten zeigt er in seiner Ausstellung EXILIUM - Das Verschwinden des Christentums aus dem Nahen Osten. Die Bilder dokumentieren eindringlich eine Entwicklung, die der mehrfach ausgezeichnete Journalist auf den Punkt bringt: „Aus der Wiege des Christentums ist dessen Friedhof geworden".

Vernissage in Anwesenheit des Künstlers am **Freitag, 23. Juni um 19 Uhr**. Die Ausstellung ist bis zum 23. Juli 2017 jeweils sonntags von 14 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung zu sehen.

mehr unter **www.suedpark-galerien.de**

Frauen und Café Courage Initiativen Treff e.V.

Klemens-Horn-Str. 3
42655 Solingen
Tel.: 0212 27 36 35

Mittwochs offene Tür
von 12:00 bis 16:00 Uhr
Offener Willkommenstreff für Flüchtlinge und UnterstützerInnen
von 16:00 bis 18:00 Uhr
Hausaufgabenhilfe

VERLEIHUNG DES „SILBERNEN SCHUHS“ AN DEN SOLINGER APPELL

Sehr geehrte Damen und Herren,
- sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, der Du ja eigentlich schon auf Deiner Hochzeitsreise sein solltest,
- lieber Norbert Schmelzer, Sprecher des Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage, - sehr geehrte Landtagsabgeordnete Jutta Velte und Josef Neumann,
- verehrter Arif Ünal, Vorsitzender des Landesintegrationsausschusses von NRW,
- sehr geehrte Damen und Herren Dezernenten,
- liebe Freundinnen und Freunde,

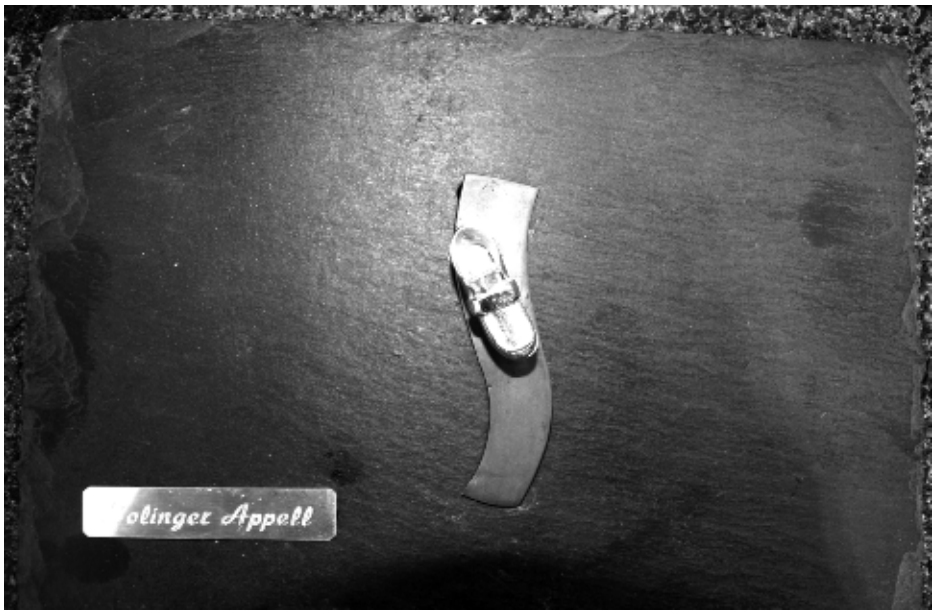
24 Jahre gibt es jetzt den Solinger Appell, der sich kurz nach dem unsäglichen Brandanschlag heute vor 24 Jahren gegründet hat, damit sich so etwas nicht wiederholen soll.
24 Jahre treffen sich mindestens alle 14 Tage – mal mehr, mal weniger – Menschen in dieser Stadt, um zu besprechen was wir tun können gegen Rassismus und Krieg.

Wir haben viel erreicht, dies wurde ja auch jetzt gewürdigt:

- Zu den runden Jahrestagen des Brandanschlages haben wir regionale, antifaschistische Demonstrationen organisiert. Zuletzt zum 20ten Jahrestag mit 2.000 vor allem jungen Menschen. Das werden wir auch im nächsten Jahr zum 25ten Jahrestag wieder tun.
- Die Aktion Stolpersteine ist aus dem Arbeitskreis Stolpersteine des Appells hervorgegangen. Nach der nächsten Verlegung am 2. August wird es 117 solche kleinen Denkmäler für die Opfer des Nazi-Faschismus in dieser Stadt geben.
- Die Erinnerung an die Deportation von 62 zumeist Solinger Sinti am 3. März 1943 nach Auschwitz spielte mehr als 60 Jahre keine Rolle in dieser Stadt.

Der Appell hat im Rahmen der Stolperstein-Aktion dafür gesorgt, dass auf der Korkenziehertrasse hierfür ein Denkmal errichtet wurde und dass seit 2014 alljährlich, zum Jahrestag dieser Vernichtung fast der ganzen Sinti-Bevölkerung in Solingen, ein würdiges Gedenken stattfindet.
- Im Übrigen: Auch die Initiative zur Umbenennung des Hindenburgplatzes in Wald ging ursprünglich vom Solinger Appell aus.

Diese Beispiele unserer Arbeit zeigen, dass wir bezüglich einer antirassistischen, antifaschistischen und antimilitaristischen Erinnerungskultur einen relativ erfolgreichen Beitrag geleistet haben.
Wir freuen uns auch darüber, dass uns die derzeitige Verwaltung und der Oberbürgermeister hierbei unterstützen. Das war nicht immer so.
Trotzdem müssen wir feststellen, dass dies lange nicht reicht. Von unserem Ziel, einer Welt frei von Rassismus, Krieg und Gewalt, sind wir noch sehr, sehr weit entfernt.
Und gerade in jüngster Zeit erleben wir, dass wir mit dem stärker werdenden Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Nationalismus und Militarismus diesem Ziel nicht näher kommen, sondern uns weiter davon entfernen, auch wenn wir positiv zur Kenntnis nehmen, dass die Stadt Solingen sich im Vergleich zu anderen Städten sehr bemüht hat, Lehren aus dem Brandanschlag zu ziehen und auch aktuell, bezüglich der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, eine Menge geleistet hat und weiter leistet.
Wir erkennen dabei aber auch, dass die Möglichkeiten einer Kommune, grundsätzlich Probleme, wie zum Beispiel die der Folgen einer an den Interessen des Kapitals orientierten Globalisierung, zu lösen, äußerst begrenzt sind.



„Bis heute engagieren sich seine Mitglieder dafür, die Verbrechen der Vergangenheit in Erinnerung zu rufen und so vor Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit zu warnen." Aus der Pressemitteilung der Stadt zur Verleihung des Silbernen Schuhs. Foto: H. Mähner

Zurück zur Frage was wir erreicht haben:
Das Bundesinnenministerium, weit davon entfernt der Linkslastigkeit verdächtig zu sein, stellte auf Anfrage der Linken fest, dass in diesem Land, im vergangenem Jahr 3533 An- und Übergriffe auf Geflüchtete und Asylunterkünfte stattfanden.
Das waren fast 10 pro Tag. 155 davon waren mit Sprengstoff, Brandstiftung usw., also mit versuchtem Mord, verbunden. Es ist reine Glückssache, dass es hierbei angeblich noch keine Toten gab. Aber die Quantität der Gewalt ist größer als vor 1993.
Zur Veranschaulichung hier die sieben Meter lange Liste der flüchtlingsfeindlichen Anschläge nur der letzten 5-6 Monate.
Als bekannt wurde, dass der Appell den Silbernen Schuh bekommt, gab es Stimmen, dass der kritische und unbequeme Appell jetzt auch gezähmt und eingefangen würde.
Um dem vorzubeugen werde ich im Folgenden einige Feststellungen treffen, die sicherlich nicht jedem gefallen werden. Der Appell wäre nicht mehr der Appell, wenn er nicht Tacheles reden würde:

Die allgemeinpolitischen Forderungen des Appells von 1993 waren:

- gleiche soziale und demokratischen Rechte für Migranten und Migrantinnen
- Wahlrecht für alle
- Verteidigung des Asylrechtes
- konsequente Bekämpfung aller rassistischen und faschistischen Organisationen

Sie sind 24 Jahre danach immer noch nicht erfüllt und heute aktueller denn je.
Sie sind nicht nur noch nicht verwirklicht, es droht, wenn wir an die Diskussion um die Rücknahme der Doppelten Staatsbürgerschaft denken, sogar der Rückschritt.
Die Roma stellen auch in unserer Stadt mit weitem Abstand die größte Gruppe der sogenannten freiwillig Ausgereisten und Abgeschobenen dar. Deshalb fordert der Appell auch für die Roma, ähnlich wie bei den jüdischen Kontingentflüchtlingen aus der ehemaligen Sowjetunion, eine Aufnahmequote festzulegen.
Als der Solinger Appell das Versagen des sogenannten Verfassungsschutzes, schon weit vor den Morden des NSU und beim Wehrhahn-Attentat in Düsseldorf thematisier-

te, standen wir ziemlich allein damit. Bis heute ist die Rolle des Verfassungsschutzes beim Solinger Brandanschlag nicht geklärt. Unsere Initiative dies im Rahmen des NRW-Untersuchungsausschusses NSU mit aufzugreifen, wurde von keiner Landtagsfraktion aufgegriffen.
Aber auch viele unserer kommunalpolitischen Forderungen sind bis heute nicht erfüllt. So ist es zum Beispiel unverständlich, warum es in Bonn, Frankfurt und anderen Städten der Bundesrepublik Straßen und Plätze gibt, die nach den Opfern der Familie Genç benannt sind, aber ausgerechnet in Solingen nicht.
Wir wissen, dass sich viele diesbezüglich vor der Auseinandersetzung (wie bei der Umbenennung des Hindenburgplatzes) scheuen. Aber gerade wer sich vor dieser klärenden Auseinandersetzung mit ewig-gestrigen und antihumanistischen Einstellungen drückt, der wird hier nichts nachhaltig und grundlegend verändern.
Für uns wird es auch zunehmend schwieriger, gemeinsam mit Menschen um die Opfer des Solinger Brandanschlages zu trauern, welche den Brandanschlag von Sivas beschönigen bzw. rechtfertigen, wo kurz nach dem Solinger Brandanschlag, am 2. Juli 1993, bei einem alevitischen Kulturfestival in der zentralanatolischen Stadt Sivas 37 Menschen von einem aufgehetzten Mob umgebracht wurden. Menschenrechte sollten überall gleich gelten und verteidigt werden, in Solingen und in Sivas. Wenn wir wirklich nachhaltig Rassismus, Nationalismus und Extremismus bekämpfen wollen, dann müssen wir auch hier eine klärende Auseinandersetzung führen.
Zum Schluss: Der Solinger Appell nennt sich Forum gegen Krieg und Rassismus. Beim zweiten Irak-Krieg haben wir gemeinsam mit anderen protestiert und zum Beispiel an der Besetzung der Rhein-Main-Airbase in Frankfurt teilgenommen.
In Solingen haben wir gemeinsam vor allem mit unseren Freunden vom Türkischen Volksverein zwei Demonstrationen und mehrer Veranstaltungen gegen den menschenfeindlichen Terror des sogenannten Islamischen Staates organisiert. Dass der Appell seit 24 Jahren eng mit den türkischen und kurdischen Freunden vom Volksverein zusammenarbeitet, ist unserer Auffassung nach auch bemerkenswert. Ich glaube wir sind die zivilgesellschaftliche, politische Gruppe in Solingen, wo diese Zusammenarbeit von Migranten und Bio-Deutschen seit langer Zeit beispielhaft praktiziert wird.
Vielen Dank noch an unsere langjährigen, engeren Kooperationspartner, die VVN-Bund der Antifaschisten, SOS Rassismus, bleiberecht.com und Bunt statt Braun.
Unsere nächste Kampagne zielt auf die Errichtung eines Erinnerungsortes an die 1943 ermordeten Solinger Sinti in der Solinger Innenstadt. Wir wollen dazu zu einem Wettbewerb aufrufen.

Nie wieder Brandanschlag
Nie wieder Krieg
Nie wieder Faschismus

Frank Knoche

TÜRKEI: DAS VERFASSUNGS-REFERENDUM WURDE MANIPULIERT

Es war kein demokratisch geführtes Referendum, in Wirklichkeit hat Erdogan die Abstimmung verloren.
In Deutschland leben 3,1 Millionen türkische Migrantinnen und Migranten, von denen 1,43 Millionen wahlberechtigt sind. Von diesen 3,1 Millionen Migrantinnen und Migranten sind ca. 980.000 eingebürgert, sie sind mehrheitlich gegen Erdogan und seine Regierung. Von den 1,43 Millionen Wahlberechtigten sind ca. 44 % (650.000) wählen gegangen. 63 % davon haben mit „Ja“ und 37 % mit „Nein“ gestimmt. Wenn man die gesamten türkischen Migrantinnen und Migranten in Deutschland in Betracht zieht, dann haben nur 13 % für das Referendum gestimmt, wodurch man zu dem Entschluss kommen kann, dass nicht die Mehrheit der türkischstämmigen Menschen in Deutschland für das Referendum und somit für die Diktatur von Erdogan gestimmt haben. Diese Zahlen möchte ich natürlich nicht klein reden, jedoch ist es nicht die Mehrheit, die für eine Verfassungsänderung gestimmt hat.

Menschen die nur ihrem Glauben in politisch orientierten Moscheevereinen und den Verbänden in Deutschland nachgehen wollen, können dieses nicht mehr machen, da sie von der Gesellschaft und den Predigern beeinflusst und durch diese genötigt werden, für die AKP zu stimmen. Mittlerweile sind alle Moscheevereine und Verbände politische Einrichtungen von bestimmten Parteien oder Sekten und betreiben eine nationalistische und religiöse Politik. Daher werden die Jugendlichen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und im Kindesalter in Korankurse in den Moscheevereinen geschickt werden, nationalistisch und religiös erzogen.

Die meisten Menschen wissen gar nicht, wofür sie gestimmt haben. In den türkischen Zeitungen und im türkischen Fernsehen wurde nur einseitige Propaganda betrieben. Die AKP-nahen Medien haben eine finanzielle Unterstützung erhalten, um eine unehrliche Politik zu betreiben. Zudem wurden die unabhängigen Fernsehsender und Zeitungen verboten, die Redaktionen geschlossen und die Journalistinnen und Journalisten verhaftet. Viele Oppositionelle erhielten gar keine Möglichkeit sich in der Öffentlichkeit gegen das Referendum zu äußern. Der Parteivorsitzende der Demokratischen Partei der Völker (HDP) Selahattin Demirtas sowie die Parteivorsitzende Figen Yüksekdag, 15 Abgeordnete, ca. 100 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Parteifunktionäre wurden verhaftet.
Trotz dieser massiven Unterdrückungen und Verhaftungen hat Erdogan eigentlich das Referendum verloren, denn Millionen von Stimmen wurden manipuliert, z. B. wurden 2,5 Millionen nicht registrierte und ungültige Stimmen durch einen Eil-Beschluss für gültig erklärt. In kurdischen Städten herrschte der Ausnahmezustand und die Menschen mussten unter der Militär- und Polizeigewalt ihre Stimmen abgeben. Ein Vernichtungskrieg gegen die kurdische Bevölkerung wurde geführt und die AKP-Gegner wurden eingeschüchtert und mir Repressalien bedroht.

Unter diesen undemokratischen Umständen und ungleichen Verhältnissen wurde die Wahl durchgeführt. Nur so konnte Erdogan seine Diktatur, in der er seit Jahren die Demokratie abgeschafft hat, alleine regiert und gegen jegliche Grundrechte verstößt, aufrechterhalten. Nur so kann er nun ohne Hindernisse seine rassistische, faschistische und radikal islamistische Politik umsetzen, um die Türkei zu einem totalitären Staat zu führen. Erdogan wird den Druck gegen anders denkende, religiöse und ethnische Minderheiten erhöhen und jegliche demokratische Bewegung blutig niederschlagen.

Dereza

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.
Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, solinger-appell@operamail.com
Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

DER BUSVERKEHR BRAUCHT DRINGEND EINE STARKE LOBBY

Weitere Kürzungen, insbesondere im Abendverkehr, werden diskutiert

Schon seit September 2016 leistet die BI „Solingen gehört uns!“ Widerstand gegen geplante Kürzungen beim Solinger Busfahrplan. Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2017 kamen die Pläne ans Tageslicht.
Es folgte der Ratsbeschluss von Dezember 2016 über eine Deckelung der Zuschüsse auf neun Millionen Euro im Jahr und damit gleichzeitig eine Kürzung um zusätzliche 700.000 Euro jährlich. Die Abstimmung war geschickt eingefädelt worden: Wer dem Haushalt zustimmte, stimmte gleichzeitig für die Kürzung/Deckelung beim ÖPNV. Umgekehrt: wer gegen die Kürzung/Deckelung stimmte, musste den gesamten Haushalt ablehnen. CDU, SPD, BFS, FDP und mit Bedenken auch die Mehrheit der grün-offenen Ratsfraktion stimmten für den Haushalt. Letztendlich lehnten dann nur Die Linke, zwei Mitglieder der grün-offenen Ratsfraktion, SG-Aktiv sowie zwei Einzelratsmitglieder den Haushalt ab.

Ohne jeden offiziellen Beschluss des zuständigen Stadtentwicklungsausschusses, ohne die Einbindung des Fahrgastbeirats und ohne Ankündigung wurde die Kleinbuslinie 688 zum 1. Januar 2017 ersatzlos gestrichen. Die Anwohner des Lochbachtals, am Eipaß, sowie in Nümmen wurden eiskalt überrascht! Ja, wer dann kein Auto hat… Erst fünf Monate später wurde für diese Bereiche ein Rumpfangebot beschlossen, das allerdings den Bereich Eipaß/Fürkeltrath weitgehend ohne Nahverkehrs-Anbindung belässt.

Als nächstes steht eine durchgehend stark ausgedünnte Taktung der 683 (Burg) und 684 (Widdert) auf dem Plan. Zur Krönung soll dann noch der Nachtexpress sonntags bis donnerstags wegfallen.
Alle von Dieselbussen angefahrenen Gebiete würden an diesen Tagen nach ca. 22:30 Uhr abgeschnitten: U.a. Meigen, Ketzberg/Abteiweg, Klinikum, Fuhr und Kannenhof. Der letzte Bus von Ohligs nach Aufderhöhe führe gegen 22:30 Uhr. Der letzte O-Bus führe gegen 23:30 Uhr.
Da braucht sich dann keine/r mehr Gedanken zu machen, wie sie/er abends nach Haus kommt – oder zur Schichtarbeit. Ohne Auto läuft bald gar nichts mehr…
Salami-Taktik: Stück für Stück werden die bereits 2016 geplanten Kürzungen im Busverkehr immer weiter umgesetzt.
Wie war das noch mit dem UN-Programm „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, an dem die Stadt Solingen teilnimmt? Eines der von der UN beschlossenen Ziele in diesem Programm lautet: „Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen.“
In diesem Rahmen setzt die Stadt jetzt auch auf die neuen BOBs, batteriebetriebene O-Busse, die streckenweise unabhängig von den Oberleitungen bestimmte Bereiche bedienen sollen.

Der Nachtexpress sonntags bis donnerstags ist akut gefährdet, auch Taktverschlechterungen für die Busse der 683 und 684 sind geplant. Foto: Birgit Correns

Dafür fließen Fördergelder des Bundes in Höhe von 15 Millionen Euro an die Projektpartner, darunter die Stadtwerke Solingen. Angesichts solch hoher finanzieller Zuschüsse für dieses Vorhaben ist selbst die Deckelung des Zuschusses für den Busverkehr auf 9 Millionen Euro pro Jahr in den nächsten 5 Jahren ausreichend finanziert. Dennoch gibt es offensichtlich in Verwaltung und Politik starke Kräfte, die u.a. die Kahlschlagkürzungen im abendlichen Busverkehr jetzt durchsetzen wollen.
Festgestellt werden muss auch einmal ganz deutlich, dass eine große Mehrheit im Rat nicht auf den ÖPNV angewiesen ist. Somit hat der Öffentliche Personen-Nahverkehr auch nur eine sehr keine Lobby im Rat der Stadt Solingen.
Diese kleine Lobby muss endlich mehr unterstützt werden, denn sie vertritt einen großen Teil der Bevölkerung: Kinder, SchülerInnen, Jugendliche, Behinderte und ältere Menschen, SchichtarbeiterInnen, und alle die, die kein Auto fahren können oder wollen, brauchen einen zukunftsfähigen ÖPNV, der wirklich allen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch öffentliche Mobilität ermöglicht!

Insbesondere Oberbürgermeister Tim Kurzbach muss jetzt sein Wahlversprechen einlösen, keine Kürzungen beim Solinger Busverkehr vorzunehmen!

Birgit Correns

DIE CONNECTION LJUBLJANA - SOLINGEN

Zwei Solinger, beide wohnhaft in Ljubljana, haben im letzten Jahr kulturell national und international für Furore gesorgt und bemerkenswerte Dinge in Bewegung gesetzt, die es verdient haben auch in Solingen zur Kenntnis genommen zu werden.

Ulay - Werkschau in der Frankfurter Kunsthalle Schirn

Im Herbst des letzten Jahres tauchte die Frage auf, ob den 1943 in Solingen geborenen Künstler Ulay in seiner Heimatstadt jemand kenne. Ulay, eine typische im Bergischen Land gebräuchliche Abkürzung, steht für Frank Uwe Laysiepen - zusammengesetzt aus den Anfangsbuchstaben des Vor- und Nachnamens.

Ulay hatte im Herbst 2016 eine große Werkschau in der Frankfurter Kunsthalle Schirn. Er war der ehemalige Partner der Performancekünstlerin Marina Abramovic, deren Beziehung 1988 damit endete, dass jeder der beiden von einem anderen Ende der Chinesischen Mauer aus 2.500 km weit lief: das Zusammentreffen in der Mitte war das Ende ihrer Beziehung.

Er ist dadurch bekannt geworden, dass er das Lieblingsbild des Führers, das Spitzweg-Gemälde „der arme Poet“ 1974 aus der Nationalgalerie in Berlin in einer Performance-Aktion entfernt hat und in Kreuzberg bei einer türkischen Familie im Wohnzimmer aufgehängt hat:

„Als ich bei einem Berlin-Besuch das Spitzweg-Gemälde in der Neuen Nationalgalerie sah, hat mich das wahnsinnig aufgeregt. Es gilt schließlich als eines der Lieblingsbilder von Hitler. Was hatte es hier in einem Museum für moderne Kunst zu suchen?“

Seine Performances zeichnen sich durch Radikalität aus. So band er sich mal tagelang an den Haaren fest, nähte sich ein anderes Mal den Mund zu, oder ließ sich Haut chirurgisch entfernen. Er und Marina Abramovic gelten als DIE Pioniere der Performance-Kunst.

Für mich war der Name Ulay bis vor kurzem kein Begriff, und ich bin ihm hier in Solingen nie begegnet. Die Berichte in den Medien über sein Zusammentreffen mit Marina Abramovic hatte ich zwar zur Kenntnis genommen hatte – nur, dass Ulay gebürtiger Solinger ist, war mir bis vor kurzem nicht klar. Durch die Radikalität seiner Arbeit war er mir aber stets sympathisch.

Ich kontaktierte den in Ljubljana lebenden Musiker und Filmemacher Peter Braatz mit der Frage, ob er den Perfomance-Künstler Ulay kennt. Er wusste, dass Ulay in Ljubljana lebt und aus Solingen kommt, kannte ihn aber nicht persönlich: „Ich habe aber seine Telefonnummer an meiner Pinnwand hängen.“ äußert sich Peter Braatz, „Mein Freund hat einen Film mit ihm gedreht und mir die Nummer gegeben.“

David Lynch on the set of Blue Velvet 1985 Foto: Peter Braatz

Peter Braatz stand zu diesem Zeitpunkt kurz vor der Veröffentlichung seines Filmes Blue Velvet Revisited.

Peter Braatz - Blue Velvet Revisited – ein Stummfilm

Als David Lynch 1985 in Wilmington, North Carolina, seinen Film „Blue Velvet“ drehte, war Peter Braatz, zu diesem Zeitpunkt Filmstudent und Musiker (man kennt ihn auch als Harry Rag von der Punk-Band S.Y.P.H.), von David Lynch eingeladen, um den Dreharbeiten vor Ort bei zu wohnen. Er dokumentierte den Entstehungsprozess des Filmes auf Super-8-Film und schoss zusätzlich mehr als 1.000 Fotos. Zudem interviewte er die Hauptdarsteller Isabella Rossellini, Dennis Hopper, Kyle MacLachlan und Laura Dern sowie den damals noch nicht wirklich berühmten Regisseur. Niemand konnte ahnen, welche cineastische Bedeutung dieser Film einmal bekommen würde. David Lynch war aber von vorn hinein klar, dass hier etwas Besonderes entstehen würde, wie der Regisseur sich in einem Interview dazu äußerte.

Im Jahre 2014 entschloss sich Peter Braatz, das von ihm 1985 gedrehte Material nochmal neu zu sichten. Er schrieb ein Script und schnitt einen Trailer, um dies bei der Filmförderung einzureichen. Dazu unterlegte er die Bilder mit einem Stück der Londoner Band „Cult With No Name“. Da Peter Braatz erkannte, dass die Musik zur Atmosphäre der Bilder äußerst passend ist, fragte er Eric Stein von „Cult With No Name“, ob sie nicht den kompletten Soundtrack zum Film produzieren wollten. Da bei diesem Stück auch die Band „Tuxedomoon“ mitgemischt hatte, wurde der Soundtrack zum Film dann im Jahr 2015 zusammen mit „Tuxedomoon“ neu produziert, zu dem auch Ex-Ultravox-Frontmann John Foxx, seine Stimme zu dem Song „Lincoln Street“ beigesteuert hat.

Die CD erschien bereits vor dem Film auf dem belgischen Label CRAMMED DISCS und erhielt weltweite Aufmerksamkeit und Rezensionen.

Zu diesem bereits bestehenden Soundtrack schnitt nun Peter Braatz die Bilder. Der Schnitt orientiert sich am Rhythmus der Musik. Diese vermeidet Anklänge am Originalscore von Angelo Badalamenti und pendelt zwischen wunderschönem Elektro-Pop und verstörender Dissonanz. Die CD und der Film wurden weltweit z.B. im Hollywood-Reporter, Vogue, Stern und Focus besprochen.

Der Film hatte am 7. Oktober 2016 in London auf dem 60th BFI – Festival Premiere und wurde anschließend auf verschiedenen Dokumentarfilm-Festivals (Chicago, Paris, Linz, Shangai, Belfast, San Francisco u. v. a. aufgeführt). Er lief ebenso auf David Lynch’s „Festival of Disruption“, das der Regisseur anlässlich des 30 Jährigen Blue Velvet Jubiläum im Ace Hotel in Los Angeles veranstaltete.

Blue Velvet Revisited ist ein Film über den Entstehungsprozess eines Filmes, ist ein Stummfilm mit Musik, komponiert Filmsequenzen, einige wenige Tonaufnahmen, Fotografien, Gemälde, Objekte und Relikte zu einem neuen Dokumentarfilm – eine Geschichte, die keiner Erzählung bedarf – eine Neuinterpretation als Reise und Meditation in Bildern.

Rolf Michael

Weitere spannende Informationen zu den Künstlern unter:
https://de.wikipedia.org/wiki/Ulay
http://belafilm.si/en/seznamfilmi/blue-velvet-revisited/

TOD AUF DEN FELDERN – GIFTE AUF DEM TELLER!

Geplante BAYER/MONSANTO-Fusion: Ein breites Bündnis zusammen mit CBG organisiert eindrucksvollen Widerstand!

Zur Bayer-Aktionärs-Jahreshauptversammlung vom 27. bis 29. April 2017 gab es beeindruckende Protest-Tage mit Aktionen unter dem Motto: „Brecht die Macht der Konzerne!“

Konzern-Pläne:

Der Agrar-Groß-Konzern hatte sich alles so schön vorgestellt: Als Gegenpol zur Fusion von DOW/DUPONT und CHEMCHINA/SYNGENTA setzt BAYER auf die Übernahme von MONSANTO und sieht sich mit den Profiten zukünftig ganz vorne: Beim Gentechnischen Saatgut mit etwa 95 % und beim herkömmlichen Saatgut mit 30 %. Damit hätte BAYER das Monopol, um ungestört die ganze Welt ausbeuten zu können.

Widerstand:

Kaum, dass BAYER die Übernahme-Pläne von MONSANTO im Mai 2016 bekannt gegeben hatte, wehte dem Konzern ein bis heute anhaltender und immer heftiger werdender Wind des Widerstands entgegen. Das seit fast 40 Jahren arbeitende internationale Netzwerk „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ (CBG) forderte noch am Tag der Bekanntgabe in sieben Sprachen: „Stop BAYER/MONSANTO - weltweit!“

Monsanto-Tribunal:

Schon im Oktober 2016 nutzte die CBG das internationale MONSANTO-Tribunal in Den Haag/Niederlande, um zusammen mit mehr als 1.000 AktivistInnen Protest-Aktionen zu planen. Die CBG rief anlässlich der Hauptversammlung von BAYER am 28. April 2017 dazu auf, einen ersten sichtbaren Höhepunkt der mittlerweile weltweiten Widerstandsaktionen zu organisieren.

Konzernkritik:

Der Leverkusener Konzern ahnte sofort, was auf ihn zukommen würde. BAYER ist immer noch das einzige Unternehmen der Welt, das dank der Aktionen der CBG seit 39 Jahren rund um den Globus unter Beobachtung und in der Kritik steht. Mehr als 100.000 Menschen in mehr als 70 Ländern haben im Rahmen der CBG innerhalb und außerhalb der Konzern-Werke Tag und Nacht ein aufmerksames Auge auf BAYER und auch seine Tochterunternehmen.

Seit 32 Jahren ist keine geordnete Hauptversammlung im herkömmlichen Sinn mehr möglich.

Die Abstimmungen werden schon lange nicht mehr von den erhofften 100 Prozent (!) an Zustimmung beherrscht, sondern mittlerweile von bis zu 10 % Gegenstimmen.

Die Proteste gegen die Politik des Bayer-Konzerns ließen sich auch nicht aus der Bayer-Aktionärsversammlung verbannen.

Für einen Antrag der CBG, die Gewinne zu streichen und die Profite für soziale Sicherheit, umweltverträgliche Produkte und Produktionen sowie für Entschädigung an die Opfer der Verbrechen des Konzerns – auch zur Nazizeit – zu verwenden, stimmten Aktien im Wert von Hunderttausenden zu.

Die Gegenanträge der Aktionärsversammlung können übrigens alle entsprechend der Aktiengesetzgebung Jahr für Jahr auf der Internetseite von BAYER nachgelesen werden.

Abschottungs-Versuch:

In großer Not floh der Konzern deshalb mit seiner Hauptversammlung vom sonst üblich genutzten Kölner Messe-Centrum nach Bonn. Dort wurde Bayer von den Behörden der Stadt das zugesichert, was ihm in Köln gerichtlich untersagt worden war: Die weiträumige Absperrung der Hauptversammlung und damit die Verhinderung von Demonstrationen vor den Toren.

Für nur läppische € 500,- hat die Stadt Bonn dem BAYER-Konzern genehmigt, den öffentlichen Raum rund um das World Congress Center Bonn extrem großräumig mit übermannshohen Sichtschutzgittern abzusperren. Die Polizei legte sogar noch nach und untersagte der CBG, Lautsprecher in Richtung Hauptversammlung einzusetzen. Unter diesen Bedingungen wären die AktionärInnen mit Bussen in den abgesperrten Raum transportiert worden und hätten den Widerstand in keiner Weise zu Gesicht oder Gehör bekommen.

Gesetz steht über dem BAYER-Konzern:

Doch es kam anders: Während parallel in Griechenland, USA, Kanada und vielen anderen Ländern Widerstandsaktionen stattfanden, gab es auch schon Tage vor der Hauptversammlung an den Universitäten Köln und Bonn gut besuchte Kick-Off-Veranstaltungen.

Zeitgleich klagte die CBG in vier Eilverfahren gegen diesen skandalösen Bruch der Verfassung im Bereich der Versammlungsfreiheit durch den BAYER-Konzern mit Unterstützung der Stadt Bonn. BAYER legte daraufhin nach und rückte den BAYER-MONSANTO-Widerstand, vorneweg die CBG, in die Nähe der „Anschläge von Brüssel“ und phantasierte in langen Schriftsätzen von „Terror“ und „Gewalttätern“ im Zusammenhang mit der Hauptversammlung (dokumentiert unter http://www.cbgnetwork.org/).

Doch teure Anwälte nutzten nichts; die Argumente der CBG waren vor Gericht stärker. Es gelang zwar vorerst nicht, den grundsätzlichen Verfassungsbruch juristisch aus der Welt zu schaffen. Im Gegenteil, der wurde gerichtlich sogar noch gefährlich weiter zementiert – aber der Konzern musste die Absperrungen dramatisch verkleinern.

Die AktionärInnen mussten letztendlich außerhalb der Absperr-Gitter aus den BAYER-Bussen aussteigen, der Sichtschutz musste komplett abgebaut werden, die Lautsprecher durften das gesamte Gelände beschallen und alle einschränkenden Auflagen der Polizei fielen weg.

Gegen die Monopolisierung der Wirtschaft:

Und dann ging für den Konzern alles vollends in die Hose. Das riesige BAYER-Transparent hinter den Gittern am Kundgebungsplatz wurde zum Eigentor: „Liebe Demonstranten, nutzt doch mal Fakten statt Vorurteile.“ Der BAYER-Vorstand bekam Fakten ohne Ende um die Ohren gehauen: Zuerst eine große Demo im breiten Bündnis von der Aktionsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft über Misereor bis hin zu Umweltschutzgruppen, auf Einladung der CBG, mit rund 300 TeilnehmerInnen direkt vor den Toren der Hauptversammlung. Im Saal wurde die Rede des Vorstandsvorsitzenden schon nach fünf Minuten mehrfach durch Sprechchöre unterbrochen: „Ihr vergiftet unsere Böden!“ Die 2.500 AktionärInnen wurden außerhalb und innerhalb der Halle immer wieder aufgefordert: „Stimmen Sie

bei der Entlastung des Vorstands mit NEIN.“ Zwei DemonstrantInnen enterten kurz und überraschend das Vorstandspodium. In der Halle wurden mehrere Transparente entfaltet. Mehr als vier Stunden lang sprachen über 25 RednerInnen der CBG aus allen fünf Kontinenten. Der Landtagskandidat der Linken, Michael Aggelidis sowie die Bundestagsabgeordneten der Grünen, Anton Hofreiter und Renate Künast, kündigten parlamentarischen Widerstand an.

Gegen Verbrechen gegen Mensch und Umwelt:

Axel Köhler-Schnura von der CBG erklärte vor der Presse: „Wenn zwei Verbrecher-Konzerne sich zusammenschließen, kann niemals ein harmloser Konzern dabei herauskommen. Gegen diesen Zusammenschluss wird es weltweit erbitterten Widerstand geben. Das geplante Profitmonopol im Agrarbereich bringt die Ernährung der Weltbevölkerung in ernste Gefahr.“

Das internationale Netzwerk der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) leistet seit 1978 erfolgreich Widerstand gegen einen der großen Konzerne der Welt. Die CBG übt Solidarität mit den Opfern von Konzernverbrechen und Konzernwillkür.

CBG erhält wegen ihrer konsequenten Konzernkritik keinerlei offizielle Förderung, muss jeden Handschlag mit Spenden finanzieren und deshalb ständig um die Existenz kämpfen. Um trotz Finanzkrise und sinkender Realeinkommen zu überstehen, braucht CBG dringend neue Fördermitglieder und Spenden - denn auch Konzernwiderstand braucht Geld!

Chr. LeMaan

Mehr Infos: www.cbgnetwork.org
Spenden: Empfänger: CBG
IBAN: DE94 8309 4495 0003 1999 91
BIC: GENODEF1ETK

Die Saudis, Deutschland und der IS

Deutschlands enger Partner Saudi-Arabien setzt seine Unterstützung für Salafisten weltweit fort und fördert damit ungebrochen den Nährboden für das Erstarken des jihadistischen Terrors. Das bestätigt die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in einer aktuellen Stellungnahme. Mit Blick auf die Aktivitäten des IS in Europa stuft die SWP die „Folgen der saudi-arabischen Salafismus-Förderung“ als „katastrophal“ ein. Britische Experten üben ebenfalls scharfe Kritik an der Kooperation mit Riad. Wolle man den jihadistischen Terror „wirklich bekämpfen“, müsse man „den Massenexport von wahhabitischer Intoleranz und Hass aus Saudi-Arabien stoppen“, rät ein Insider. Dem steht allerdings die ungebrochen enge Zusammenarbeit Deutschlands wie auch der anderen Mächte Europas und Nordamerikas mit dem saudischen Herrscherclan entgegen: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor wenigen Wochen eine regelmäßige Militärkooperation mit den saudischen Streitkräften auf den Weg gebracht; die britische Regierung hat eine Untersuchung, die die - mutmaßlich saudischen - Finanziers britischer Jihadisten offenlegen sollte, mit Rücksicht auf Riad auf Eis gelegt. Letzteres wurde drei Tage vor dem jüngsten Londoner Terroranschlag bekannt.

http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59611 Newsletter vom 06.06.2017 - Die Jahre des Terrors (I)

Immer mehr Minderjährige in der Bundeswehr

(F.K) 2016 hat die Zahl der von der Bundesehr an der Waffe ausgebildeten Minderjährigen mit 1576 „Rekruten“ einen neuen Höchststand erreicht. Im Jahr 2014 hat der UN-Ausschuss für die Rechte der Kinder die Bundesregierung bereits aufgefordert, die Einstellungspraxis von 17-Jährigen zu ändern.

Deutsch-türkische Rüstungskompanie

(F.K.) Der Rüstungskonzern Rheinmetall verfolgt nach wie vor Pläne in der Türkei eine Panzerfabrik zu bauen. Eine peinlichere Fortsetzung der historisch verhängnisvollen militaristischen deutsch-türkischer Kooperation war bislang nicht vorstellbar. Trotz Protesten im Bundestag könnte dieser schmutzige Deal dennoch klappen. Mit dem Ex-Entwicklungsminister Dirk Nebel (FDP) und dem ehemaligen sogenannten Verteidigungsminister, Franz-Josef Jung (CDU), verfügt der Düsseldorfer Rüstungskonzern über einflussreiche Lobbyisten.

in Solingen nix los ????
MUMMS & BIRKENWEIHER
VIEL VERGNÜGEN! mir wie hin!

„Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) statt Fahrplan-Kürzungen.

Seit der Gründung Anfang 2007 stellen wir uns gegen jede weitere Privatisierung der Grundversorgung unserer Stadt Solingen durch profitorientierte Konzerne.
Wir fördern die demokratische Verantwortung in unserer Stadt Solingen:
durch Öffentlichkeit, Transparenz und mit Hintergrund-Informationen.

Wir treffen uns jeden zweiten Dienstag im Monat um 19.00 Uhr
im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3.
Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org

CANNABIS ALS MEDIZIN

Zusammenstellung von Infos des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte

Am 9. März 2017 trat eine Änderung der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV) und des Sozialgesetzbuch V (SGB V) in Kraft.
Seitdem können Cannabisblüten sowie Zubereitungen in Form von Extrakten in standardisierter Qualität verordnet werden, die von den Krankenkassen erstattet werden. Bisher wurden hauptsächlich die Fertigarzneimittel Sativex und Canemes verschrieben. Etwa 1.061 Patienten hatten eine Sondererlaubnis nach § 3 Absatz 2 BtMG zum Erwerb von Medizinal-Cannabis. Der Anbau von Cannabis zu medizinischen Zwecken erfolgt unter staatlicher Kontrolle.

Verordnung:

Die Verordnung erfolgt für Versicherte mit einer schwerwiegenden Erkrankung allerdings nur, wenn:
- eine allgemein anerkannte, dem medizinischen Standard entsprechende Leistung nicht zur Verfügung steht oder im Einzelfall nach der begründeten Einschätzung des behandelnden Vertragsarztes unter Abwägung der zu erwartenden Nebenwirkungen und unter Berücksichtigung des Krankheitszustandes des Versicherten nicht zur Anwendung kommen kann,
- eine nicht ganz entfernt liegende Aussicht auf eine spürbare positive Einwirkung auf den Krankheitsverlauf oder auf schwerwiegende Symptome besteht.

Geregelt ist das in §31 Abs. 6 SGB V, wobei der Gesetzgeber es vermieden hat, die schwerwiegende Erkrankung näher zu definieren oder eine Indikationsliste aufzuführen. Bei mehr als 80 % der Patienten, die bisher eine Sondergenehmigung hatten, wurde Cannabis gegen Schmerzen, bei ADHS oder Depression sowie Nebenwirkungen von Chemo-Therapien eingesetzt.

Umsetzung / Genehmigung:

Die Verordnung der Blüten und Zubereitungen kann durch alle zur Ausübung des ärztlichen Berufs befugte Personen erfolgen. Die erste Verordnung zu Lasten der GKV muss von der jeweiligen Krankenkasse genehmigt werden. Dies gilt für Cannabisblüten, nicht zugelassenen Cannabisextrakten oder Dronabinol als Rezeptur oder Sativex oder Canemes außerhalb der zugelassenen Indikation. Patienten, die bis zur Gesetzesänderung eine Ausnahmegenehmigung hatten, müssen sich eine neue Genehmigung durch die Krankenkasse einholen.
Für den Fall, dass Sativex oder Canemes innerhalb der zugelassenen Indikationen bei MS, bzw. chemotherapiebedingter Emesis und Nausea erfolgt, kann die Verordnung direkt auf einem BtM-Rezept ohne Genehmigung erfolgen. Für die Genehmigung sollte die behandelnde Ärztin, bzw. der behandelnde Arzt um eine Genehmigung bei der Krankenkasse bitten.
Die zuständige Krankenkasse wird in der Regel den medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) um eine Stellungnahme bitten, der sich ggf. von der Praxis weitere Informationen einholt. Die Genehmigung soll innerhalb von drei bis fünf Wochen (gemäß §13 Abs. 3a SGB V) oder bei Anwendung im Rahmen der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) innerhalb von drei Tagen erfolgen. Die Krankenkasse spricht die schriftliche Genehmigung gegenüber dem Versicherten aus, so dass aufgrund der Genehmigung das BtM-Rezept ausgestellt werden kann. Für Apotheken besteht derzeit keine Prüfpflicht, jedoch wird ihnen empfohlen, sich der Genehmigung zu vergewissern. Derzeit ist nicht geregelt, ob bei einem Wechsel der Zubereitung oder Dosierung eine neue Genehmigung ausgestellt werden muss.

Wie wird verordnet?

Cannabisblüten, die Zubereitungen und die genannten Fertigarzneimittel werden auf einem BtM-Rezept verordnet.
Bei Rezepturen muss eine eindeutige Dosierungsanleitung wie „3 x täglich 0,2 ml“ oder „gemäß schriftlicher Anweisung“ angegeben werden. Die Bundesapothekerkammer weist darauf hin, dass die schriftliche Anweisung in der Apotheke bekannt sein muss.
Für die Verordnung von Cannabisblüten gibt es im „Neuen Rezeptur Formularium“ (NRF) vier Rezepturvorschriften, jeweils zu Inhalation nach Verdampfung oder zur Teezubereitung. Die Blüten werden in der Apotheke zerkleinert, gesiebt und abgefüllt. Bei der Verordnung muss die Sorte der Blüten angegeben werden, weil damit der THC-Gehalt festgelegt wird.
Ein Beispiel für eine vollständige BtM-Verordnung von Cannabisblüten:
Cannabisblüten [Sorte] (NRF 22.12) 3,0 g 1 x täglich abends 100 mg verdampfen und inhalieren
Ein Inhalator/ Vaporisator kann derzeit noch nicht als Hilfsmittel verordnet werden.
Die Höchstmenge beträgt 100 g Blüten in 30 Tagen. Wenn mehr verordnet wird (auch über mehrere Rezepte hinweg), muss das Rezept mit einem „A“ gekennzeichnet werden.
Für die Verordnung von Cannabisextrakt und Zubereitungen von Dronabinol gibt es fünf NRF-Vorschriften.
Ein Beispiel für eine vollständige BtM-Rezeptur ist:
Dronabinol-Kapseln 5,0 mg (NRF 22.7) 60 St. 2 x täglich 1 Kapsel zu den Mahlzeiten
Die Höchstmenge Dronabinol, die der Arzt innerhalb von 30 Tagen für einen Patienten verordnen darf, beträgt 500 mg.
Die Höchstmenge Cannabisextrakt, bezogen auf den Gehalt an 9-Tetrahydrocannabinol (THC), die der Arzt innerhalb von 30 Tagen für einen Patienten verordnen darf, beträgt 1.000 mg (1,0 g).

Aufklärung des Patienten:

Patienten müssen über die Anwendung und die Risiken der Einnahme von Cannabis und den Zubereitungen aufgeklärt werden. Wenn die zugelassenen Cannabispräparate Sativex und Canemes außerhalb ihrer Zulassung (off-label) verordnet werden, entfällt die Gefährdungshaftung des Herstellers. Dies gilt auch, wenn die zugelassene Höchstdosis überschritten wird. Bei den Fertigpräparaten sind besonders die Kontraindikationen zu beachten, zum Beispiel eine bekannte Anamnese von Schizophrenie oder Persönlichkeitsstörung. Zusätzlich muss der Patient über die vorgeschriebene, anonyme Begleiterhebung aufgeklärt werden. Das Informationsblatt des BfArM (siehe Anlage) muss dem Patienten ausgehändigt werden.

FAIR UND BIO: CAFÉ JINOSOL - KAFFEE AUS JINOTEGA FÜR SOLINGEN

Solingen ist mit Jinotega seit 1985 durch eine Städtefreundschaft und seit 2016 durch eine Städtepartnerschaft verbunden. Jinotega liegt in den Bergen im Norden von Nicaragua, der besten Kaffee-Gegend dieses kleinen Landes in Mittelamerika. Was liegt da näher, als den guten Kaffee aus Jinotega anzubieten? Schon Anfang der 90er Jahre stand die Idee im Raum, und 1994 meldete Bolls Blättchen, es wäre so weit - aber trotzdem hat es noch viele Jahre gedauert, bis es tatsächlich in die Tat umgesetzt wurde: Im Februar 2017 wurde der Verein JinoSol gegründet. Sibylle Arians ist Gründungsmitglied und schreibt:

Es ist ein großer Gewinn für beide Seiten, dass es nun endlich, endlich wahr wird: Wir dürfen uns in Solingen darauf freuen, hervorragenden Kaffee aus unserer Partnerstadt genießen zu können, denn zum Einen verstehen unsere Freunde dort was vom Kaffee, und zum Andern sind die Böden und das Klima im Hochland Nicaraguas bestens geeignet für die anspruchsvollen Arabica-Sorten, die dort gedeihen.

Durch den direkten Handel zwischen den Partnerstädten schalten wir den Zwischenhandel aus: Wir schließen nach den Prinzipien des Fairen Handels Verträge direkt mit den Lieferanten ab. Dadurch erhalten die Kaffeebauern und -bäuerinnen einen garantierten besseren Preis und sie erzielen ein Einkommen, das Lebensmittel, Bildung und medizinische Versorgung für die Familien sichert und den Abwanderungsdruck aus den ländlichen Gebieten senkt.

Der Kaffee, der von Natur aus mit einer feinen Säure besticht und einen vollen, aromatischen Körper besitzt, wird durch schonende, vom Röstmeister überwachte Langzeitröstung in der kleinen Essener Rösterei Kaffee-Peter GmbH Co.KG ausgebaut zu einem ausgezeichneten Produkt. Tasse für Tasse kommt JinoSol immer röstfrisch und ist ein Genuss, ganz gleich, welche Zubereitungsmethode gewählt wird.

Fleiß und Können unserer Partner in Jinotega verdienen einen wirklich fairen Preis. Was heißt das? Wir erwarten doch selbst, wenn wir gute Arbeit geleistet haben, dass wir von dieser Arbeit sorgenfrei leben können, und dass ein bisschen übrig bleibt um in die Zukunft zu investieren. Sei es, dass wir unseren Kindern eine gute Bildung und Ausbildung ermöglichen, dass wir unsere Behausung wohnlich machen und uns ab und zu etwas gönnen können, was nicht absolut lebensnotwendig ist. Davon träumen die meisten kleinbäuerlichen Familien in Nicaragua und anderen ‚armen' Ländern des Südens nur. Durch den Direkthandel mit Solingen soll sich das ändern für die Mitglieder der kleinen Genossenschaft, die uns beliefern wird: Sie sind dann in der Lage, schrittweise ihre bescheidenen Hütten und Häuser zu verbessern (Wohnraum, Wasserversorgung, verbesserte, Brennholz sparende Kochstellen usw.) Ihre Kinder werden zur Schule gehen können, vielleicht sogar studieren dürfen. Sie werden ihre Produktionsmittel verbessern und die Qualität des Kaffees optimieren können. Dabei hilft es ihnen, Mitglieder in einer Genossenschaft zu sein und gemeinschaftlich soziale Projekte auf demokratische Art und Weise zu entwickeln. Die Genossenschaft kann vermehrt Fortbildungen anbieten, vielleicht auf längere Sicht gar ein eigenes Fahrzeug anschaffen und damit die Transportkosten senken.

Als im vergangenen Sommer Jugendliche aus Solingen Agustín und Guadalupe auf der „Finca La Loterìa" kennenlernten, waren sie sehr begeistert. Er erklärte so viel rund um seine nur 2 ha große Finca und zeigte direkt vor Ort, worauf es beim nachhaltigen Kaffeeanbau ankommt.

Der Kaffeegarten ist so angelegt, dass die Kaffeesträucher im Schatten von Bäumen gedeihen. Die Anbauflächen sind klein und fügen sich harmonisch in die Landschaft ein, in der noch Teile der ursprünglichen Berg-Nebelwälder erhalten sind.

Dann durften die Jugendlichen selbst den Rohkaffee über dem offenen Feuer rösten, auf einem traditionellen Mahlstein mahlen und frisch aufgebrüht probieren. Sie waren sehr begeistert und Feuer und Flamme dafür, dass Solingen auf jeden Fall auch von dieser Finca Kaffee bekommen sollte. Besonders beeindruckt waren sie davon, wie Agustín die Zukunft seiner vier Kinder am Herzen liegt.

Agustín in seinem Kaffeegarten in der „Finca La Loterìa"

Der ältere Sohn studiert ökologische Landwirtschaft und hat die Facebook-Seite eingerichtet, eine ziemliche Ausnahme für einen der zahlreichen Kleinbauern in Nicaragua. Heute ziert Agustíns Foto unsere Kaffeetüten und wir sind im Gespräch mit ihm darüber, ob er uns beliefern kann. Sein Vorbild soll belohnt werden durch einen sicheren Absatz seiner Ernte, von der er zurzeit noch einen Teil auf dem nationalen Markt zu einem sehr schlechten Preis verkaufen muss, obwohl er Exportqualität liefert. Sein Vorbild

Der Café JinoSol kann jeden Freitag von 16-19 Uhr im Café Courage erworben werden.

soll „Schule machen" und weitere Kleinbauern dazu animieren, ebenfalls umzustellen auf ökologischen Anbau. Wir wissen, dass der Kaffeeanbau auf großen Flächen eine große Belastung für den Naturhaushalt darstellt, weil er Böden und Grundwasser schädigt durch den meist hohen Dünger- und Pestizideinsatz. Das ist zugleich klimaschädlich. Nur durch die Umstellung auf ökologischen Anbau kann man Kaffeeanbau einigermaßen nachhaltig gestalten.

Bei JinoSol verbinden sich die Verantwortung für die Menschen am anderen Ende der Handelskette mit der Verantwortung für eine ökologische Produktionsweise, Voraussetzung für mehr Natur- und Klimaschutz auf unserem begrenzten Planeten. In dieser Kombination schmeckt Kaffee, denn wir wissen, dass das, was in unserer Tasse duftet, auch unseren PartnerInnen in Jinotega ein gutes Leben ermöglicht! Der Verein JinoSol arbeitet gemeinnützig und verfolgt keine eigenen wirtschaftlichen Ziele. Die Gewinne aus dem Kaffeeverkauf sollen ausschließlich sozialen Projekten in Jinotega zu Gute kommen. Der Vertrieb in Solingen wird zurzeit aufgebaut. Die Verkaufsstellen sind auf unserer Webseite zu finden: www.jinosol.de

Sibylle Arians

Weitere Informationen über den Kaffee und über Möglichkeiten, bei JinoSol mitzuarbeiten:
Jürgen Beu, Mail: beux@gmx.de
Fon: 01523-364 7936
Sibylle Arians, Mail: vanjira@gmx.de

„DIE ‘MEHRHEITSBEVÖLKERUNG’ WOLLTE DAVON NICHTS WISSEN.“

Rede anlässlich des Mahngangs für die deportierten Solinger Sinti und Roma

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kurzbach,
sehr geehrter Herr Knoche,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir Sinti und Roma teilen mit den Juden das Schicksal der Verfolgung und der systematischen Vernichtung im nationalsozialistischen Deutschland und in den von Nationalsozialisten besetzten Ländern Europas.
Orte wie Auschwitz, Majdanek, Treblinka, wie Dachau, Buchenwald oder Bergen-Belsen stehen auch symbolhaft für den Völkermord an unserer Minderheit, dem 500.000 unserer Frauen, Männer und Kinder zum Opfer fielen.
Die Wirklichkeit der Verfolgung und das menschliche Leid, das hinter dieser abstrakten Zahl steht, übersteigt unser aller Vorstellungskraft.
Zu den Opfern der rassistischen Vernichtung von Sinti und Roma gehörten auch 55 Menschen aus Solingen. Sie wurden am 5. März 1943 nach Auschwitz deportiert. Keiner von ihnen kehrte zurück.
Der staatlich organisierte Massenmord, für den insbesondere der Name Auschwitz steht, war das Ergebnis eines langen Prozesses der Entrechtung und Ausgrenzung. Von Anfang an wurden neben Juden auch Sinti und Roma zu angeblich „rassischen Feinden“ des Dritten Reiches, zu so genannten „Fremdrassigen“ erklärt.
Unsere Familien waren seit vielen Generationen in Deutschland verwurzelt. Sie waren Deutsche und fühlten sich als Deutsche. Zahlreiche Sinti hatten im Ersten Weltkrieg fürs Vaterland gekämpft und hohe Auszeichnungen erhalten. All das zählte 1933 nicht mehr.
Sinti und Roma wurden – vom Säugling bis zum Greis – nach „rassenbiologischen“ Kriterien erfasst, ihrer bürgerlichen Rechte beraubt, in Gettos gepfercht – und schließlich in die Todeslager deportiert und der Vernichtung preisgegeben.
Nach der Befreiung wurden die Völkermord-Verbrechen an den deutschen Sinti und Roma und den europäischen Roma jahrzehntelang verleugnet und verdrängt. Die Politik und die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland bestritten die rassistische Verfolgung der Sinti und Roma, und die „Mehrheitsbevölkerung“ wollte davon nichts wissen.

Gedenkkundgebung und -demonstration am 3.3., dem Jahrestag der Deportation der Solinger Sinti. Foto: Günter Koch

Erst im März 1982 erkannte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt auf unsere Initiative hin den Völkermord an den Sinti und Roma an.
Wir deutschen Sinti sind seit 600 Jahren ein fester Teil der sogenannten „Mehrheitsbevölkerung“. Die deutschen Roma gehören seit 200 Jahren dazu. Deutschland ist unsere Heimat. Das ist vielen Menschen bis heute nicht bewusst. Die meisten Menschen in unserm Land kennen keine Sinti und Roma persönlich. Sie kennen nur die Bilder, die von Massenmedien verbreitet werden.
Daher erinnern wir an die Geschichte unserer Minderheit in diesem Land und immer wieder besonders an die systematische rassistische Verfolgung und Vernichtung unter dem Nationalsozialismus und an die Nachkriegsgeschichte der Verleugnung und Verdrängung.
Dabei kann es heute nicht darum gehen, den Nachkommen der Täter Schuld aufzubürden. Der Sinn des Erinnerns und Gedenkens besteht vielmehr in der gelebten Verantwortung für die Gegenwart.
Gerade in der heutigen Zeit, in der Extremisten darauf abzielen, die Grundlagen unseres friedlichen Zusammenlebens zu zerstören, ist gesellschaftliche Solidarität notwendig, um unsere gemeinsamen Werte zu verteidigen.
Ein Rassismus und eine nationale Propaganda, die wir lange nicht mehr für möglich gehalten hatten, bedrohen nicht nur Minderheiten. Sie zielen auf Abschaffung der Demokratie und Rechtstaatlichkeit. Es liegt in unserer aller Verantwortung, dafür zu sorgen, dass dies nicht gelingt.
Ich danke Ihnen.

Roman Franz

Erster Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen des Verbandes Deutscher Sinti und Roma e.V.

Meine Fallmanagerin und ich

Frei aber im Kern wahrheitsgemäß nacherzählt, von Frank Knoche

„Wer bezahlt bei Ihnen die Rundfunk- und Fernsehgebühren?“ Das fragte mich jüngst meine Fallmanagerin und dieser Überraschungsangriff saß. „Wieso? Sind sie nicht ausgelastet und arbeiten deshalb noch nebenbei für die GEZ“, konterte ich. „Das heißt nicht mehr GEZ“, korrigiere sie mich lapidar und fuhr forsch fort: „Sie sind als ALG-II-Empfängerin ja von der Rundfunk- und Fernsehgebühr befreit, aber ihr angeblicher Wohngemeinschaftsmitbewohner ist ja kein Hilfeempfänger und müsste diese Gebühr für ihren gemeinsamen Haushalt bezahlen. Tut er das?“ Ich log und antwortete, dass ich das nicht weiß. Mein Kumpel, mit dem ich nicht liiert bin, ist, weil er sich von seiner Freundin getrennt hat, bei mir eingezogen und niemand ist auf die Idee gekommen, dass er jetzt für mein Fernsehen und Radio Gebühren zahlen soll. Wir hatten da ganz andere Probleme.
„Sie wissen aber, dass sie dann keine Wohngemeinschaft sondern eine Einstands- und Verantwortungsgemeinschaft, früher eheähnliche Gemeinschaft, sind, weil sie wirtschaftlich füreinander einstehen? Und in diesem Fall sind sie eine Bedarfsgemeinschaft und wir können das Erwerbseinkommen ihres Partners auf ihre Leistung anrechnen.“
Mir fehlte jegliche Phantasie, dass jemand so einen Zusammenhang konstruieren konnte und bewunderte meine Fallmanagerin für ihre schöpferische Hinterlist. Nach meiner abschließenden Antwort: „Dann zeigen Sie mich doch bei der GEZ an, vielleicht gibt es dafür ja auch für sie eine Denunziations-Prämie“, habe ich in dieser Angelegenheit nichts mehr von ihr gehört.

tacheles-Jahresabo
Ein Jahr für 13 € frei Haus
Unterstützungs-Abo 20 €
frei Haus

Bankverbindung
Bürgerinitiativenbüro e.V
IBAN: DE31330605920005464641
Stichwort „tacheles-Abo“

Professorin Louise Bielzer zu Multifunktionsarenen und dem Solinger Plan, eine solche für das Bergische Land zu entwickeln

HOHE INVESTITIONSKOSTEN, KURZE LEBENSZYKLEN UND IN DER REGEL ROTE ZAHLEN

Dr. Louise Bielzer ist Professorin für internationales Event-Management an der Fachhochschule Heilbronn.

Renate Bernhard hat sie interviewt:

Was halten Sie von der Idee einer Event-Arena für das Bergische Land in Solingen?
Multifunktionshallen sind mit der schwierigste Veranstaltungsimmobilientyp, den man planen kann. In Deutschland schreiben sie in der Regel rote Zahlen. Sicher sind nur die hohen Investitionskosten, die Betriebskosten und die vergleichsweise kurzen Lebenszyklen.
Man muss sich deshalb im Voraus sehr genau darüber klarwerden, was man bereit ist, dafür zu bezahlen und ob man sich das leisten kann und will. Es bedarf hier eines detaillierten Nutzungskonzepts und einer genauen Risikoabschätzung, denn es ist nicht leicht, so eine Halle auch nur ansatzweise profitabel zu betreiben.
Wenn Konzept und Rahmenbedingungen stimmen, lässt sich im Betrieb womöglich eine schwarze Null erreichen. Darüber hinaus jedoch auch einen Bau zu refinanzieren, ist fast nicht möglich.
Es sind viele Kosten zu bedenken, für den Betrieb, die Instandhaltung und für Reinvestitionen, also die über die Jahre der Nutzung nötigen Renovierungen und Modernisierungen, für die man entsprechende Rückstellungen bilden muss. Die Bauunterhaltskosten werden bei Multifunktionsarenen je nach Nutzungsintensität mit 1-4% der ursprünglichen Bausumme veranschlagt.
Aktuelle Planung für die in Solingen, Piepersberg-West anvisierte Halle ist, dass die drei Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid über die bergische Wirtschaftsförderung lediglich Vorarbeiten machen, die Halle dann ausschließlich privat betrieben wird. Was halten Sie von einer möglichen Partnerschaft der Städte mit einem privaten Investor?
Da ich keine Verträge kenne, kann ich nur grundsätzlich antworten: Public-Private Partnerships sind für die öffentlichen Partner immer mit einem Risiko verbunden. Wenn etwa ein privater Eigentümer und Betreiber einer Veranstaltungsimmobilie Insolvenz anmelden muss, kann es sein, dass das Gebäude an die Stadt zurückfällt und sie Versicherung, Unterhalt, Instandhaltung etc. für das Gebäude übernehmen muss. Das kann je nach Projekt mehrere hunderttausend Euro pro Jahr und mehr bedeuten.
Bei voll privatem Investment hat die Stadt zwar erst mal nichts damit zu tun. Aber im Fall einer Insolvenz wird es sehr schwierig sein, die Halle in eine andere Nutzung zu überführen. Das kann für eine Stadt dann ebenso zu einem Problem werden, wenn die Halle an prominent sichtbarer Stelle gebaut wurde.

Blick auf Piepersberg West. Foto: Paul Bunse

In Solingen wird immer wieder argumentiert, die Stadt sei hoch verschuldet und brauche dringend neue Gewerbegebiete, um mehr Gewerbesteuern generieren zu können. Wie viele Arbeitsplätze könnten denn durch so eine Halle entstehen?
Das Personalkonzept hängt vom Betriebskonzept ab. Es gibt Hallen mit einem festen Stamm von 8-10 Mitarbeitern, die fast alle zentralen Funktionen, z. B. Buchführung, Marketing etc. ausgegliedert haben und sich auf Gastveranstaltungen fokussieren. Andere Hallen, die Eigenveranstaltungen entwickeln und die Gastronomie selbst betreiben, können auch um die 100 Arbeitsplätze oder mehr schaffen. Im Eventhallen-Management wird generell häufig mit externen Dienstleistern gearbeitet, und man kann nicht damit rechnen, dass das immer ortsansässige Firmen sind.
Die Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid werden aktuell von drei SPD-Bürgermeistern regiert, die diese Eventhalle wohl gern als Vorzeigeprojekt ihrer überregionalen politischen Zusammenarbeit aus der Taufe heben würden. Das Wort „Leuchtturmprojekt“ ist schon gefallen.
Wenn die Städte sich das leisten können, ist es sehr interessant, Kultur und Sport in einer Eventhalle zu verbinden. Wenn man so etwas aber erfolgreich betreiben will, muss man vorab sehr genau untersuchen, was an diesem Standort möglich ist und was nicht.
Wichtig auch: der Veranstaltungsmarkt kann sich schnell verändern. Wenn es attraktive neue Veranstaltungsstätten im Umfeld gibt, kann es sein, dass das angedachte Konzept nicht mehr funktioniert. Man sollte also auch Worst Case Szenarien durchspielen, um alle Risiken vorab abzuschätzen.
Wenn man eine multifunktionale Halle will, in der kleine ebenso wie große Veranstaltungen einen Platz finden können, braucht man entsprechende bauliche Voraussetzungen, z.B. für flexibel verschiebbare Wände oder abzuhängende Ränge. Die führende Arena der Welt, was Multifunktionalität anbelangt, ist das Staples Center in Los Angeles. Das hat solche flexiblen Raumkonzepte und eine entsprechende technische Ausstattung - aber das Gebäude hat 400 Millionen Dollar gekostet.
Für wie realistisch halten Sie also die für die Solinger Multifunktionshalle anvisierten Baukosten? Die Rede ist von 15 Millionen Euro für 6000 Zuschauer. 4-5 Millonen sollen aus der Landesförderung für den Spitzensport kommen.
Es gibt keine Regel bezüglich der Baukosten. Es gibt Hallen für 10 Millionen. Die berühmten Hallen in Deutschland haben aber mehr als das Zehnfache gekostet, z.B. die Mercedes-Benz-Arena in Berlin 165 Millionen für 17.000 Zuschauer. Die Lanxess-Arena in Köln für maximal 20.000 Zuschauer: 153 Millionen. Lage, Standortgegebenheiten, Architektur, Multifunktionalität, technische Ausstattung und viele weitere Faktoren stehen in direkter Wechselwirkung mit den Baukosten.

Düsseldorf, Köln und das Ruhrgebiet sind nicht weit. Der Solinger Konzert- und Show-Experte Marc Kirchheim meint, es gäbe

schon zu viel Angebot im Umfeld und Künstler, die in Oberhausen, Düsseldorf, Köln, Bochum oder Dortmund auftreten, tun das nicht auch noch in Solingen.
Ja, es ist viel entstanden in den vergangenen Jahren, es gibt sehr viel Wettbewerb. Auch alte Hallen wurden renoviert, wie etwa 2011 die Mitsubishi-Halle in Düsseldorf. Zusätzlich verschärft sich die Konkurrenz in verschiedenen Marktsegmenten (z. B. Tagungen) auch durch immer vielfältigere Special-Event-Locations.

Wenn Kulturveranstaltungen in der Eventhalle gemacht würden, wäre das nicht Konkurrenz für die bestehenden Theater im Bergischen Land und würde ihnen schaden? Ähnliche Verdrängungswettbewerbe kann man ja im Einkaufsbereich beobachten, wo jetzt viel von Outlet-Centern geträumt wird. In Solingen gab es die Clemensgalerien, dann wurde mit dem Hofgarten ein weiteres Einkaufszentrum gebaut, das den Läden in den Clemensgalerien Konkurrenz machte. Ein Investor wollte dort dann ein Outletcenter eröffnen. Den noch verbliebenen Ladenbesitzern wurde gekündigt. Das groß angekündigte Outletcenter aber lässt auf sich warten - und die Clemensgalerien mitten in der Innenstadt stehen nun leer …
Nach Ihren Erfahrungen mit solchen Hallen: Was überwiegt? Kulturbeförderung oder kultureller Verdrängungswettbewerb?
Multifunktionsarenen sind nicht primär für klassische Kulturveranstaltungen geeignet, sondern mehr für die populäre Unterhaltung. Im Konzertbereich also eher Rock und Pop oder Comedy, eventuell auch Kabarett, aber das kommt dann auf den Künstler an. Das heißt es gibt Überschneidungen im Kulturbereich, aber nicht so sehr mit dem klassischem Schauspiel und Ballet. In den Arenen sind es Veranstaltungen mehr aus dem Unterhaltungsbereich: Sport, manchmal kann auch Volksmusik solche Hallen füllen, in einigen Fällen auch Ausstellungen und Messen.

Würden Schulklassen und Sportvereine von der neuen Eventhalle profitieren können?
Wenn man Spitzen- und Breitensport in einer Halle unterbringen will, braucht man Umkleiden für die verschiedenen Nutzergruppen, also mehr Raum. Auch lassen sich die Betriebskosten einer Multifunktionsarena kaum mit Breitensportnutzung vereinbaren. Schulklassen unter der Bühnenbeleuchtung für den Spitzensport spielen zu lassen, wird sehr teuer. Wenn man für so unterschiedliche Nutzung gerüstet sein will, kostet das beim Bau mehr.

Hier ein Argument von Jörg Föste, Manager des Bergischen Handballclubs (BHC), warum er gerade Piepersberg-West so bevorzugt: Wenn man eine Firma als Geldgeber gewinnen will und die dann dafür mit ihrem Namen wirbt, sei die Sichtbarkeit der Halle sehr wichtig, ein Standort in der Nähe der Autobahn also „Gold wert". Heißt das, dass die Anwohner dann zukünftig mit einer von weitem angestrahlten, hell erleuchteten Halle und mit noch mehr großen Werbeschildern an der Autobahn leben müssten? Wir haben an der A46 davon schon mehr als genug.
Veranstaltungsimmobilienstandorte mit guter Sichtbarkeit und hoher Frequenz sind für Sponsoren grundsätzlich attraktiv, das ist richtig. Wie sich Veranstaltungsimmobilien in ihrem direkten Umfeld auswirken, ist im Einzelfall verschieden und auch von der Architektur und Anmutung der Halle abhängig.

Abgesehen von der Beleuchtung, wie groß ist das Umfeld, in dem sich so eine Halle für die Anwohner bemerkbar macht, etwa durch Veranstaltungslärm oder zunehmenden Verkehr, wenn 6000 Menschen dort hinkommen und wieder wegfahren und es wie bei Piepersberg-West bis auf einen Bus keine direkte öffentliche Verkehrsanbindung gibt?
Die Herausforderung der verkehrlichen Anbindung haben viele Hallen. Meist wird dann ein veranstaltungsbezogener Pendelverkehr eingesetzt. In Innenstadtlagen, mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, tritt das Problem nicht so auf.
Seit die Arenen größer wurden, entwickelte sich die Tendenz, in die Außengebiete zu gehen. Das ist vielfach auch von Vorteil für Anlieferung und Aufbau, was ebenfalls Verkehr erzeugt. Aber da ist dann kein ÖPNV-Netz. Eine gut geplante Verkehrsanbindung und die entsprechenden Parkplätze gehören also mit zur Planung für ein Hallenkonzept.
Licht- und Lärmbelastungen sind dann im Rahmen der Planungen Gegenstand von Lärm, Verkehrs- und Umweltgutachten, die die Auswirkungen abzuschätzen haben. All das kann aber erst zielgerichtet gemacht werden, wenn ein detailliertes Nutzungskonzept steht.

Die Halle, die hier angedacht ist, soll in einem ökologisch wertvollen Gebiet im Ittertal gebaut werden. Piepersberg-West liegt im Bereich eines landesweiten Biotopverbundes mit besonderer Bedeutung. Der Bau der Halle würde die Natur des Tals an dieser Stelle auf circa 135 Meter einengen, also die Verbindung nahezu kappen - abgesehen davon, dass hier sehr fruchtbarer, für die regionale Ernährung wertvoller Boden zubetoniert würde.
Aus Ihren Erklärungen ist für mich herauszuhören, dass das Risiko, dass so eine Eventhalle in diesem Einzugsgebiet floppen könnte, sehr hoch ist. Wenn die Halle aber einmal gebaut, der Boden zubetoniert ist und das Gebäude steht, dann ist die Natur unwiederbringlich zerstört. Finden Sie, dass man das Risiko wirklich eingehen sollte, so eine Halle zu bauen? Ist der ökologische Preis, der Verlust an Natur und Naherholung dafür nicht viel zu hoch?
Natürlich kommt nichts an unberührte Natur ran und ein ökologisch wertvolles Gebiet ist sicherlich ein zentraler Faktor bezüglich der Standortqualität einer Stadt.
Es gibt auch innovative Veranstaltungsimmobilienkonzepte, die das Thema grün aufnehmen. In Bialystok, in Polen, zum Beispiel gibt es die so genannte „Grüne Oper", ein Opernhaus, dessen Baukörper von Rasenflächen und Grünpflanzen bewachsen ist und das sich so gut in die umgebende Landschaft einfügt. Aber solche Konzepte stehen und fallen natürlich auch mit der Frage der Finanzen. Das wird Ihnen ein privater Investor wahrscheinlich nicht ohne Weiteres erfüllen.

Wir haben in Solingen bereits 50 ha Gewerbebrachen mit steigender Tendenz, weil die Abwanderung von Gewerbe im Rahmen der Globalisierung fortschreitet. Die Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal" fordert deshalb, diese Gebiete zu nutzen und ihnen neues Leben zu geben, statt die Natur des Ittertales weiter zu verbauen.
Die städtebauliche Gesamtentwicklung ist eine große Herausforderung. Ein privater Träger aber hat in der Regel andere Interessen. Für ihn steht die architektonische Aufwertung eines Stadtgebietes nicht im Vordergrund. Deshalb ist Frage des Konzeptes so relevant: Stellt die Stadt nur Grundstücke zur Verfügung oder wie ist sie darüber hinaus in das Projekt involviert?
Ich kenne Städte, die sagen: „Wir steigen selbst mit ein, dann haben wir Einfluss auf die gesamte Gestaltung des Projekts", Städte, die fragen: „Wie passt die Halle zu uns? Wie binden wir sie in die Stadtentwicklung mit ein?"
Mich hat gewundert, dass so wenig kritisch in der Sitzung des Solinger Kulturausschusses nachgefragt wurde.
Die Stadt könnte die Eventarena als Standortfaktor nutzen, es könnte eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten geschaffen werden, aber da richtig einzusteigen ist aufwändig, man braucht detaillierte Planungen, viel Kommunikation, einen Überblick über alle Kosten im Lebenszyklus der Halle. Einen Handball-Ligisten zu haben ist etwas Tolles. Das kann eine Chance im Hallengeschäft sein. Dann ist aber die zentrale Frage: was für eine Halle wird da gebaut? Es gibt Veranstaltungsimmobilien, die architektonisch sehr attraktiv sind, die auch als städtebaulich wertvolle Architektur eigene Tourismusströme generieren und ein „Landmark" der Stadt werden. Aber 15 Millionen Euro reichen dafür nicht aus.

DIE FLÜCHTLINGSHILFE SOLINGEN E.V. ERHÄLT DEN AGENDA 21-PREIS

Auszug aus der Rede von Wolfgang Fudickar für die Preisträgerin

(…) Wir haben sie gesehen wie sie ankamen, mit leeren Augen, verängstigt, krank und traumatisiert und mit nichts Eigenem, außer ihrem Leben. Wir haben gesehen mit welcher Erwartung die Menschen, gespeist von falschen Versprechen, in der Hoffnung ein neues, anderes, besseres Leben beginnen zu können. Wir haben gesehen wie ernüchtert sie nach einiger Zeit sich versuchten dem neuen Leben zu stellen.

Wir haben sie gesehen, die Menschen mit ihren Fähnchen, in München und auch anderswo in Deutschland, mit einem euphorischem, dem WM 2006 Sommermärchen gleichen Gefühl, dem hilfespendenden nach Mitmenschlichkeit aussehenden Sprung in die neue gemeinsame Zukunft.

Nur, die Flüchtlinge fuhren danach nicht wieder nach Hause in ihre Heimat, sondern kamen auch nach Solingen.

Wir haben kein Event gewünscht, sondern gemeinsam nach tatkräftigen Helfern gesucht und sie gefunden.

Was ist geblieben nach den ersten zwei Jahren?

· Unser Ehrenamt zeigt als eine Art gesellschaftliches Frühwarnsystem immer wieder Missstände auf. Leider konnten die bezahlten Fachkräfte in ihren festen Strukturen nur mit Verzögerung reagieren.

· Wir ärgern uns über die Selbstverständlichkeit, mit der verschiedene Arten von Gratisarbeit und Ehrenamt von allen Seiten eingefordert werden, versehen mit hehren Etiketten wie bürgerschaftliches Engagement. Das Ehrenamt wird mehr gebremst als gefördert.

· In der Politik setzt sich immer mehr die Meinung durch: warum sollen wir noch für notwendige Arbeiten bezahlen, wenn wir dafür auch Ehrenamtliche finden, die es umsonst machen und die wir am Ehrenamtstag mit einer Belobigung abspeisen können!

· Das Ehrenamt kann dem Staat zeigen, wo die Missstände der Gesellschaft liegen, ihm beharrlich einen Spiegel vorhalten und ihm immer wieder aufzeigen, wo er versagt.

· Wir haben 3,6 Millionen Unternehmen in Deutschland. Die Hälfte sind Kleinstbetriebe, die lassen wir mal raus. Wenn die andere Hälfte, die kleinen, mittleren, besonders aber die großen Betriebe in Solingen, jeweils einen Flüchtling einstellten, dann hätten wir ein Problem weniger.

· Vor Ort wird die Flüchtlingskrise sichtbar, nicht aber in den Berliner Koalitionsrunden.

· Wir, die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer können nicht alle Probleme einer verfehlten Politik lösen. Das muss sich die Politik klarmachen. Wann kommen die großen Politiker endlich mal an die Basis?

· Die meisten Ehrenamtlichen geben an, aus humanitären Gründen helfen zu wollen, jedoch wollen sie noch mehr bewegen. Sie wollen gesellschaftliche Verhältnisse mitgestalten und verbessern. Flüchtlingen zu helfen, ihnen zu zeigen, dass sie hier willkommen sind, ist dabei in gewissem Sinne zugleich eine gesellschaftliche Übung.

· Überall springen Bürger, sowie vielfach auch geflüchtete Menschen selber dort ein, wo stattliche Strukturen versagen. Mit ihrer zivilgesellschaftlichen Flüchtlingspolitik 'von unten' sind es eben diese Menschen, die in der Krise Europas eine lebendige Idee davon vermitteln, wofür das europäische Projekt stehen sollte: Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte.

MitarbeiterInnen der Flüchtlingshilfe Solingen e.V. nach der Preisverleihung Foto: Flüchtlingshilfe Solingen e.V.

· Es ist für uns sehr belastend, dass viele Asylbewerber, gleich aus welchem Land, in der Schwebe hängen, nicht wissen, ob sie ein vorübergehendes oder längeres Bleiberecht erhalten oder ihre Ablehnung bekommen oder abgeschoben werden. Man lebt auch als Betreuer in ständiger Angst. Ursprünglich haben wir uns engagiert, weil wir den Menschen helfen wollten. Heute wissen wir nicht mehr, ob wir diesem Land mit seiner kaltherzigen Politik noch beistehen sollen. Die Behörden wollen die Menschen loswerden und schrecken nicht davor zurück, sie in die Kriegsgebiete wieder abzuschieben.

· Wir haben hier ehrenamtliche Lehrer, die drei Stunden täglichen Deutschunterricht geben und viele Paten, die sich um die alltäglichen Belange unserer neuen Mitbürger kümmern. Aber aktuell hagelt es auch bei „unseren" Neubürgern Ablehnungen des Bundesamtes für Migration (BAMF). Viele Bescheide lesen sich so, als ob über Schicksale mit Textbausteinen entschieden würde. Wenn eine Ablehnung kommt, übersetzen wir das mit den Betroffenen im Deutschunterricht oder die jeweiligen Paten übernehmen das. Für uns Helfer ist das ein enormer Spagat. Es ist für uns unerträglich zu sehen, was die eintreffenden Bescheide mit allen Beteiligten machen: den Flüchtlingen, deren Kindern und uns. Noch lange nicht auch nur ansatzweise vom Fluchttrauma erholt, bekommen sie nun eröffnet, dass ihnen, nach möglicher Abschlagung der Klage die Heimreise bevorsteht.

· Und was löst diese Entwicklung bei den hilfsbedürftigen Menschen und unseren Helfern aus?

· Wir fragen uns immer wieder, wie wir diese Entwicklungen unseren Kindern erklären. (…)

Skandal beim Brandanschlagsgedenken

Bei der offiziellen Gedenkfeier zum 24. Jahrestag des Solinger Brandanschlages ergriff, entgegen den ursprünglichen Vereinbarungen mit der Stadt und entgegen dem ausgedruckten Programmheft, auch der türkische Abgeordnete der Regierungspartei AKP. Mustafa Yeneroglu, das Wort. Von 2011 bis 2014 war er stellvertretender Generalsekretär und anschließend bis Frühjahr 2015, Generalsekretär der länderübergreifenden islamischen Bewegung Millî Görüs. Selbst das Bundesamt für Verfassungsschutz kommt zu der Überzeugung, dass Millî Görüs ein antidemokratisches Staatsverständnis zeige sowie westliche Demokratien ablehne. Andere Beobachter der türkischen Politik halten Millî Görüs sogar für eine gefährliche faschistoid islamistische Organisation. Mustafa Yeneroglu zeigte sich bei der Talkshow von Anne Will einem breiten Fernsehpublikum als 250 prozentiger Anhänger der Politik Erdogans und unterstützte als Leiter des Koordinationszentrums für die Auslandswahl das umstrittene türkische Verfassungsreferendum.

Der Solinger Appell, welcher im Anschluss an das Gedenken vom Bündnis für Toleranz und Zivilcourage mit dem Silbernen Schuh ausgezeichnet wurde, kritisierte auch aus diesem Anlass den zunehmenden Missbrauch des Gedenken an den Solinger Brandanschlag für die diktatorische. antihumanistische Politik der Erdogan-Partei. Es sei unerträglich, gemeinsam mit Menschen um die Solinger Opfer des Brandanschlages zu trauern, welche zum Beispiel die 35 Morde eines unter anderen auch von Millî Görüs-Anhängern aufgehetzten Mobs im Jahr 1993 - kurz nach dem Solinger Brandanschlag - an Kurden und Aleviten in der anatolischen Stadt Sivas rechtfertigen.

Frank Knoche

„DER MUNZUR SOLL FREI FLIESSEN“

Staudammbauten bedrohen den artenreichen Nationalpark im Munzurtal in der alten Heimat vieler türkeistämmiger SolingerInnen

In Solingen leben ca. 1.000 Menschen, die selbst oder deren Eltern in der osttürkischen Provinz Tunceli aufgewachsen sind. Seit 2006 gibt es den Förderverein Städtefreundschaft Ovacik/Tunceli – Solingen. Der Förderverein arbeitet dafür, die Kontakte zwischen Ovacik/Tunceli und Solingen zu verstärken und eine offizielle Städtefreundschaft einzurichten.

Er setzt sich für die Menschen in der osttürkischen Region ein und unterstützt StudentInnen mit Stipendien. Auch viele Mitglieder des Türkischen Volksverein Solingen und Umgebung e.V. und der Alevitischen Kultur Gemeinde Solingen und Umgebung e.V. stammen aus der Provinz Tunceli. Nicht nur die erste Generation hängt noch sehr an der alten Heimat und verbringt dort die Sommermonate. Derzeit ist die Sorge überaus groß, dass die Schönheit dieser Region unwiederbringlich zerstört wird:

Mit einem Ministeriums-Erlass vom 28.11. 2016 wurde festgelegt, vier Staudämme und fünf Wasserkraftwerke im ökologisch und spirituell bedeutsamen Munzur-Vadisi-Nationalpark zu bauen. Geschieht dies, versinkt er zum größten Teil in den Fluten. Durch die Staudämme und die dazugehörigen Bauten würde die Umwelt auf ca. 90 km Länge zerstört.

Yusuf Cengiz, der Vorsitzende des Bündnisses zur Rettung des Munzurtals, zugleich Vorsitzender der Handelskammer Tunceli, hat vor kurzem Deutschland besucht. Hier leben ca. 500.000 türkische Aleviten. Cengiz informierte über die Situation und die Proteste vor Ort gegen die geplanten Staudammbauten in Tunceli. Dort kamen 50 Organisationen und Einzelpersonen gegen die geplanten Staudämme zusammen. Sie gründeten ein Bündnis zur Rettung des Munzurtals mit dem Namen „Der Munzur soll frei fließen!“ Beteiligt sind u.a. die Anwalts- und die Wirtschaftskammer, der Bauernverband, Umweltschutzorganisationen, die beiden Parlamentsabgeordneten der Provinz Tunceli, die oppositionellen Parteien im Parlament, die Kommunen in der Provinz Tunceli, deren Dorfvorsteher und Bürgermeister sowie alevitische Vereine. Der Rat will das Thema – über alle politischen Unterschiede hinweg – mit allen Kräften türkeiweit und weltweit publik machen. Es ist zu befürchten, dass der Druck, das Projekt dennoch zu realisieren, fortgesetzt wird.

Das Munzurtal soll durch mehrere Staudämme geflutet werden. Foto: S. Arians

Das Munzurtal ist der Kernbereich des 1971 eingerichteten Munzur-Vadisi-Nationalparks. Mit 42.000 ha ist er einer der größten und artenreichsten der Türkei. Zugleich ist er die Heimat der wichtigsten, nur in der Türkei vorkommenden Tier- und Pflanzenarten. Der anatolische Leopard, der vom Aussterben bedroht ist, wurde im Munzurtal gesichtet. U.a. gibt es hier Braunbären, Wildkatzen, den eurasischen Luchs, Schakale, Bergziegen, Fischotter, mehrere Adler- und Geierarten. U.a. die rotgefleckte Forelle ist nur hier zu finden. Der Nationalpark beherbergt mindestens 1.518 Pflanzenarten. 227 davon wachsen nur in der Türkei und 43 Arten nur in diesem Nationalpark, wie z. B. der Tunceli-Knoblauch. Es gibt viele seltene Heilpflanzen.

Der Munzur ist einer der Quellflüsse des Euphrat. Der Fluss hat für die Region eine überragende Bedeutung. Hier wohnen in der Mehrzahl Aleviten. Das Alevitentum wurde im Laufe seiner Geschichte immer wieder unterdrückt. Über 15% der Bewohner der Türkei gehören ihm an. Für die Aleviten aus Dersim (traditioneller Name der Provinz Tunceli) besitzt der Munzur neben seiner Funktion für Wasserversorgung, Fischerei und andere wirtschaftliche Aspekte einen bedeutenden spirituellen Stellenwert. Das Munzurtal wurde aber auch 1937/1938 Schauplatz von Massakern der türkischen Armee an Dersimern.

Der Senat der Universität Tunceli und das Direktorium des Archäologischen- und Ethnographischen Museums in Elazig wollen das Munzurtal zum UNESCO-Welterbe erklären lassen. Das Tal erfüllt die dafür notwendigen Kriterien und könnte sowohl zum Weltkulturerbe als auch zum Weltnaturerbe erklärt werden.

Der Rat zur Rettung des Munzurtals wird u.a. unterstützt von:

- Alevitische Gemeinde Deutschland e.V. / Almanya Alevi Birlikleri Federasyonu (AABF)
- Demokratische Aleviten Föderation / Demokratik Alevi Federasyonu (FEDA)
- Dersim Gemeinde Rhein Ruhr e.V.
- Dersim Kulturverein Rhein-Main e.V.
- Föderation der demokratischen Dersim Gemeinden in Europa / Avrupa Demokratik Dersim Birlikleri Federasyonu (ADEF)
- Föderation der Dersim Gemeinden in Europa e.V. / Avrupa Dersim Dernekleri Federasyonu (FDG)
- Förderverein Städtefreundschaft Ovacik/Tunceli - Solingen e.V.
- Initiative für Freiheit in Dersim (Dersim Özgürlük Insiyatifi) / Dersim Özgürlük Ýnsiyatifini
- Kurmes Der. e.V. / Kurmesliler Derneg
- Verein für Solidarität mit Kureysan Köyü e.V. / Kureysan Köyü ile Dayanisma Dernegi
- Zentralrat der Dersimer – Europa (Kommission für Umweltschutz) / Dersim Meclisi – Avrupa Çevre Komisyonu

Der Rat zur Rettung des Munzurtals ist dankbar für jede Unterstützung.

Kontakt:
Mehmet Yildiz, Dietmar Gaida
munzurtal@gmx.net
ovaciksolingen@web.de

AMNESTY INTERNATIONAL
Gruppe Solingen 1424

Gruppentreffen finden in der Regel jeden 1. Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr statt bei der Lebenshilfe im Südpark, Alexander-Coppel-Str. 19-21
Eingang zum Portugiesischen Zentrum, Seminarraum 1. Etage

gruppeninfos

Alevitische Kultur Gemeinde Solingen und Umgebung e.V.:
Weyersberger Str. 32, Kontakt: isolmaz@arcor.de

AG Weiße Rose: Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

Amnesty international:
Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20 Uhr, Lebenshilfe (Südpark), Alexander-Coppel-Str. 19-21, Kontakt: Tel.: 4 15 78

Attac-Frühstückstreff: Jeden 3. Mittwoch, 10-12 Uhr im Café Courage

Ausländerrechtliche Beratungskommision: Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 4 15 78) oder
Diakonisches Werk, Ewa Scott (Tel.: 2 87 27)

BürgerEnergie Solingen eG: Kontakt und weitere Informationen: www.buergerenergie-solingen.de, info@buergerenergie-solingen.de

Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“: www.rettetdasittertal.de, Post@rettetdasittertal.de

Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“: Jeden 2. Dienstag im Monat, 19 Uhr, Café Courage, Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org, info@solingen-gehoert-uns.org

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

Cow Club: www.cowclub.de, Kontakt:Wohnzimmer, Düsseldorfer Str. 87 donnerstags 20 Uhr

Critical Mass: Radfahrer treffen sich zu gemeinsamer Fahrt, sie wollen mehr Unterstützung für das Radfahren. Jeden 3. Freitag im Monat um 19 Uhr, SG Parkplatz Eissporthalle

DFG/VK: Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

FAU Solingen: anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Offenes Treffen jeden dritten Freitag im Monat im Café Courage um 19:30 Uhr, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

Flüchtlingshilfe Solingen e.V.: www.flüchtlingshilfe-solingen.de, Ufergarten 25, 42651 Solingen, Tel.: 20 00 25 34, Fax: 20 00 25 25

Förderverein Freibad Aufderhöhe: Kontakt: Birgit Evertz,
Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Förderverein Städtefreundschaft Ovacik/Tunceli - Solingen e.V.,
ovaciksolingen@web.de, Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1, 42651 Solingen

Frauenhaus: Tel: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str. 59, Tel: 5 54 70

Informationsbüro Nicaragua: Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“: Kontakt: D. Donner, Tel.: 0 21 03/6 50 30

Naturfreundegruppe Wald-Ohligs, Haus Holzerbachtal: Eipaßstr. 25b, 42653 SG, Tel.: 0212-313791, Sa.-So. offen, Infos und Programm: www.naturfreundehaus-Holzerbachtal.de

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein: www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt: Thomas Blos, Tel.: 2 30 97 77

Schritt für Schritt Brückenbauen, ein Selbshilfeprogrjekt für soziale Teilhabe von Erwerbslosen. Kullerstr. 4 Tel.: 02 12/23 13 44 16

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus: c/o Café Courage,
Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do. 29.6.17, 20 Uhr, dann 14-tägig Café Courage

Solinger Arbeitslosenzentrum „Salz“: Tel.: 02 12/23 13 44 33

Stiftung W: www.stifung-w.de; mail@stifung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

tacheles: tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-solingen.de; c/o Café Courage

Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e.V.:
Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

Unterstützerkeis Stolpersteine für Solingen:
c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel.: 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):
www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel.: 31 81 30